

Vielfalt als Herausforderung

bergsicht



KAPITEL 1

Mediterrane Eintopfgedanken

Zur Rückkehr aus der Sommerfrische gehören in der Regel auch angenehme Erinnerungen an kulinarische Ereignisse, die sich dank andersartigen Gerüchen in andersartigem Ambiente bei andersartigen Temperaturen und andersartigem Gegenüber in allen möglichen Regionen unseres Gehirns eingepägt haben. Unser ganzes Wesen schätzt die Abwechslung und nimmt viele Mühen auf sich, um an diese zu gelangen. Abwechslung bedingt Vielfalt, Vielfalt setzt Unterscheidbarkeit voraus.

Die vorliegende *bergsicht* handelt von Vielfalt. Denn wir erkennen in den jüngsten Entwicklungen in Europa und weit darüber hinaus einen generellen Drang nach mehr Unterscheidung und Vielfalt. Er steht dem seit Jahren beobachtbaren Trend nach Vereinheitlichung, generell gültigen Standards und Prozeduren, der Ausrichtung auf angeblich «beste Praktiken» und der Vergemeinschaftung aller möglichen denkbaren Thematiken entgegen. Einmal mehr geht es nicht darum, die eine Entwicklungslinie gegenüber der anderen auszuspielen, sondern über die Konsequenzen nachzudenken.

War die in den Ferien genossene Minestrone vielfältig? Oder die Paella? Die Bouillabaisse? Oder,

falls man eine etwas ungewöhnlichere Destination gewählt hatte, der Gulascheintopf? Wir würden gerne darauf wetten, dass sich positive kulinarische Erinnerungen umso eher dann ergeben, wenn trotz Eintopfcharakter aller dieser wunderbaren Errungenschaften der Armeleutekochkunst die Zutaten unterscheidbar waren und nicht einfach einem beinahe schon homogenen Gemenge entsprachen, wie wir es ab und zu am Freitagmittag einer Militärdienstwoche als Suppe aufgetischt bekamen, die wir despektierlich «Wochenrückblick» nannten.

Wenn wir in der Folge über ein zu neuer Vielfalt gezwungenes Europa, über die auch in anderen Teilen der Welt beobachtbaren Re-Nationalisierungstendenzen, über die Vielfaltsfrage in Bezug auf die die Weltwirtschaft finanzierenden Kapitalmärkte nachdenken, so wollen wir den feinen Unterschied zwischen einem Brei und einem sich durch Kenntlichkeit seiner Bestandteile auszeichnenden Topf immer wieder vor Augen halten. Wenn Aggregate – ökonomisch sinnvolle, ja aus Kostengründen unabdingbare Instrumente – drohen, infolge zu zielgerichteter Homogenisierung zu Brei zu werden, dann setzen Gegenkräfte sich in Bewegung.

KAPITEL 2

Sankt Junker und Sankt Schulz

Unter der unübersehbaren Menge von Kommentaren zum schicksalhaften Entscheid des britischen Volks, die Europäische Union (EU) verlassen zu wollen, vermissen wir bisher weitgehend solche, die das Geschehen einigermassen distanzieren, *sine ira et studio*, hinzunehmen und zu analysieren versuchen. Als geschichtliches Ereignis eben, wie es hin und wie-

der vorzukommen pflegt. Wut und Trauer oder aber Freude und Schadenfreude bei den Beteiligten dürfen dann nicht mitgestaltendes Element, sondern müssten ebenfalls Gegenstand der Analyse sein. Die Heftigkeit der Gefühle und Argumente frappiert. Das prächtige Wort *Groll* dürfte die Stimmungslage wohl am ehesten treffen. Der sonst so distanzierte «Economist» schoss bezüglich Voreingenommenheit und ideell geprägten Urteils wohl den Vogel ab, als er nach dem immerhin in der geordneten Form einer demokratischen Volksbefragung erfolgten Brexit-Entscheidung kurzerhand proklamierte, im Vereinigten Königreich herrsche Anarchie: «Anarchy in the UK», so Titelzeile und Inhalt der ersten Post-Brexit-Nummer.

Die Frage ist freilich, welcher analytischen Instrumente man sich bedienen soll, um einem «hot issue» mit der notwendigen Gelassenheit zu begegnen. Ökonomische Berechnungen, wieviel welches Modell des europäischen Zusammenlebens kosten oder bringen würde, gab es vor und nach der Abstimmung schon zuhauf. Sie alle zeichnen sich durch hohe Unschärfe aus und sind deshalb kaum geeignet, die auf beiden Seiten, sowohl der Befürworter als auch der Gegner geäußerten, tiefen Gefühle und die Unüberbrückbarkeit der Standpunkte zu erklären. Die Gründe für die gegenseitige Abneigung – die übrigens quer durch den europäischen Kontinent bis in dessen Herzkammer der Schweiz zu beobachten ist – müssen schwerwiegenderer Natur sein. Auch die sich unter der Jeunesse dorée Londons nach dem Brexit-Entscheidung breitmachende Angst, dass nun qua Isolation die Fortsetzung des hedonistischen Lebens von Lesbos bis zu den Hebriden gefährdet würde, ist kaum hinreichend, um die offengelegten Gräben zwischen Jung und Alt, Stadt und Land, sogenannten «Fortschrittlich» und sogenannten «Konservativ» nachzuvollziehen.

Gründliches Nachdenken über das Geschehene und vor allem über die kohäsionsgefährdenden Begleitumstände brachte uns zum Schluss, dass unter Umständen der religionsgeschichtliche respektive -soziologische Ansatz weiterführen könnte. Nämlich in dem Sinn, als man die Idee zur europäischen Einheit und deren reale Strukturen als einen Versuch zu einer pseudoreligiös basierten *Kirchenbildung* interpretieren und den nunmehr vorgefassten Austritt des Vereinigten Königreichs als *Schisma* ansehen könnte. Explizit geäußerte oder zwar raffiniert versteckte, implizit aber dennoch spürbar vorhandene Bekenntnisse zur «Kirche», ihren Glaubenssätzen und Dogmen sind den allermeisten Brexain-Kommentaren ebenso gemeinsam wie jene an Hypokrisie grenzende Bereitschaft der Brüsseler Priesterschaft, nunmehr alle notwendigen Reformen an die Hand nehmen zu wollen. Suggestierend, das *paradiso terrestre* stehe unmittelbar bevor, es brauche nur noch den einen oder andern Dreh, und jeglicher Zweifel am Gelingen oder gar am Sinn des Ganzen sei Häresie, so wird mit *apokalyptischen Androhungen* die Alternativlosigkeit des eingeschlagenen Weges zu stipulieren versucht. Der Verlust an Realitätssinn im Vorfeld von Urnengängen, die im kommenden Jahr wesentliche Teile des europäischen Festlands zum Kippen bringen könnten, ist

eklatant. Zu unseren Lieblingsfiguren im Brüsseler Domkapitel gehören in diesem Zusammenhang gewiss der EU-Kommissionspräsident Juncker und der EU-Parlamentsvorsitzende Schulz, die von mehr Demokratie und Bürgernähe reden, währenddem sie die (direkt-)demokratische Meinungsäußerung des britischen Stimmbürgers am liebsten dem Scheiterhaufen für Ketzer überantworten würden.

Andererseits können all die unsäglichen verbalen Entgleisungen und die geäußerten Unwahrheiten auf Seiten der Brexit-Protagonisten ebenfalls kaum anders erklärt, wenn auch nicht entschuldigt, werden als durch den unbedingten Willen, einen Bruch, einen Bildersturm zu verursachen, eine Klärung herbeizuführen. «Take back control» war und ist das zündende Stichwort, das in einer von Interdependenz geprägten Welt selbstverständlich problematisch erscheint, dessen ungeachtet aber genau das traf und trifft, worum es eigentlich geht.

Beide Haltungen, jene der Brüsseler Nomenklatur und ihrer schwer erträglichen Protagonisten, wie auch jene der zügellosen Bilderstürmer, sind, und dahin würde einer der religionswissenschaftlichen Beiträge zur Thematik zielen müssen, durchaus logisch und folgerichtig, wenn man den pseudoreligiösen Unterbau, das Wertegerüst der in Europa entstandenen «Kirche» in Betracht zieht. Es besteht in der Vorstellung, dass soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Gleichheit wünschbar, herbeiführbar und aufrechtzuerhalten sei. Wünschbar insofern, als damit den die europäische Geschichte über Jahrhunderte hinweg prägenden und plagenden gewaltsamen Auseinandersetzungen der Boden entzogen würde. Die «EU als Friedensprojekt» bezieht sehr viel ihrer inneren Legitimation, nachgerade auch im Angesicht ihrer offenkundigen strukturellen Mängel, aus dem Versprechen, dass dank ihr und durch sie und nur durch sie nie wieder Krieg in Europa geführt werden müsse. Das ist ein grosses, wichtiges Versprechen, das ist ein Zweck, der fürwahr vieles heiligt. Und insofern sind auch die vielen Glaubensbekenntnisse, welche dem Fortbestand der EU gelten, und geschehe sozusagen, was wolle, durchaus nachvollziehbar, namentlich, wenn sie durch Angehörige jener Nation geäußert werden, die am meisten zum Unglück auf dem Kontinent beigetragen hat. Das apokalyptische Vokabular bezieht seine Kraft aus dieser Sicht der Dinge.

Im Gegensatz zu einer echten Religion, deren Glaube sich auf die transzendente Realisierung ihrer Versprechungen und Visionen richtet, krankt die Pseudoreligion der EU-Kirche aber sowohl an der theoretischen Unmöglichkeit ihres axiomatisch betrachteten egalitären Unterbaus als auch nunmehr seit einigen Jahren am empirischen Nachweis dieser Unmöglichkeit. Gesellschaftliche Gleichheit ist weder herbeiführbar noch aufrechtzuerhalten; der Versuch dazu ist angesichts der hohen Kosten absolut nicht wünschbar und droht im Gegenteil, das versprochene und so heilig gehaltene Friedensprojekt zu gefährden. Über die theoretische Unmöglichkeit eines gesellschaftlichen Projekts, welches herbeigeführte Gleichheit zum Ziel hat, liess sich der Philosoph

Friedrich August von Hayek in seiner Trilogie «Law, Legislation and Liberty» im zweiten Band unter dem Titel «The Mirage of Social Justice» (etwa: das Trugbild der gesellschaftlichen Gleichstellung) ausführlich vernennen. Konstruktivistischer Egalitarismus – etwa der in der real existierenden EU seit Jahren praktizierte untaugliche Versuch zum Ausgleich der vorhandenen Produktivitätsdifferenzen – würde eine perfekte Kenntnis seiner Voraussetzungen verlangen, so Hayek. Solches ist auch in Zeiten von Big Data und dramatisch verbesserten und verfeinerten Modellen nicht der Fall. Die Missachtung von Hayeks Erkenntnissen durch die europäische Intelligenz beziehungsweise das laufende Obsiegen französisch geprägten Konstruktivismus' steht am Anfang und am Ende der Tragödie einer europäischen Gemeinschaft, die bei weitem zu viel wollte und will, nämlich das Unmögliche.

Wenn Unmögliches angestrebt wird, dann entgleitet die Kontrolle. Sowohl in Bezug auf die Bankenkrise – sie hat sich übrigens seit Ende Juni zurückgemeldet –, die Staatsschuldenkrise als auch die Flüchtlingskrise ist der empirische Nachweis erfolgt, dass man zwar über eine geraume Zeit hinweg weiterwursteln und Stabilität, ja Lösungsorientiertheit suggerieren kann, dass die den Glauben an die «Kirche» unterminierenden Sachverhalte sich aber immer wieder und immer brutaler zurückmelden. Gegenkräfte erhalten dann ebenso Aufwind wie all jene Bedenkensträger, denen die herrschende Stabilität am nächsten liegt und am wichtigsten ist und die sich deswegen für die «Kirche» einsetzen, selbst wenn sie zuinnerst nicht an sie glauben mögen. Diese Art Gefolgschaft ist in wirtschaftlichen Kreisen nachgerade üblich. In der *bergsicht* Ausgabe 18 haben wir unter dem ambivalenten Titel «Stability for our Time» auf die Problematik dieser Haltung hingewiesen.

KAPITEL 3

Bestand durch Veränderung

Kirchen pflegen Schismen zu überleben. Die zentripetalen Kräfte einer auf Machterhalt erpichten Priesterschaft und einer sorgsam gepflegten Klientel von Netto-Begünstigten vermindern das Risiko eines definitiven Auseinanderbrechens enorm, selbst wenn sich die Glaubenssätze als unhaltbar und die gelebte Praxis als stossend erwiesen haben. Wie auch immer die eigenen politischen Präferenzen des Schreibenden und auch des Lesenden geprägt sein mögen, müssen wir in Europa wohl für längere Zeit davon ausgehen, mit einer gewichtigen, insgesamt von Brüssel, Berlin und Paris geprägten Entität umgehen zu müssen. Alles andere entspräche allfälligem Wunschdenken, wenn überhaupt.

Wir wagen aber vorauszusagen, dass die Tage des *Kohärenzen* dennoch gezählt sind. Unseres Erachtens gibt es derzeit drei Möglichkeiten der weiteren Entwicklung der EU:

- Die von viel Pragmatik geprägte *Fortsetzung* der seit einigen Jahren um des schieren Überlebens willen gepflegten Grundsatzlosigkeit, des von

Gipfel zu Gipfel vorgetragenen Krisenmodus und der geschickten Allokation von Zuckerbrot (aus der Tasche der Europäischen Zentralbank) und Peitsche (durch tripartite Kommissionen und ähnliche Exekutionsausschüsse) gegenüber den Mitgliedsländern, getragen von der unter Umständen trügerischen Hoffnung, dass sich irgendwann doch einmal Wachstum einstellt, mit welchem die schlimmsten strukturellen Defizite dann zugekleistert werden könnten.

- Eine Art *Gegenreformation*, im Zuge derer man die ursprüngliche Zielsetzung mit erhöhter Intensität verfolgt, ganz im Sinne eines «Jetzt erst recht». Am Ende einer solchen, «Vertiefung» genannten, Entwicklung steht eine echte Staatenbildung, welche eine Währungs-, Wirtschafts- und Fiskalunion wohl zwingend nach sich zieht. Sie kann aber kaum von allen Mitgliedsländern mitvollzogen werden, da die Interessen zu weit auseinanderklaffen. Im Effekt entstehen deshalb zwei bis drei unterschiedlich vertiefte Gemeinschaftsstrukturen mit jeweils eigenem Überbau und eigenen Regeln des Zusammenlebens im Innern.
- Den *Rückbau der EU* auf das Mögliche und Wesentliche, nämlich auf eine grosse europäische Freihandelszone ohne Gemeinschaftswährung und ohne den gefährlichen Überbau von solidarischen Haftungsstrukturen. Dabei wäre jedoch nicht auszuschliessen, dass einige sinnvollerweise gemeinschaftlich gepflegte Funktionalitäten wie eine gemeinsame Sicherheits- und Migrationspolitik im Mittelmeerraum oder der möglichst freie Austausch im Bildungs- und Forschungsbereich die alte Struktur überleben.

Wie immer kommt dem «Wurstel-Szenario» die höchste Wahrscheinlichkeit zu, zumal einem in der gegenwärtigen personellen Konstellation auch nach intensivem Nachdenken keine Persönlichkeit in den Sinn kommt, der man eine «Gegenreformation» oder eine echte Reform im Sinne eines Rückbaus wirklich zutrauen würde. Die Zeit von Staatsmännern à la De Gaulle oder Adenauer ist definitiv vorbei. Aber aufgepasst: Ausserordentliche Ereignisse, und dazu gehört die Brexit-Abstimmung gewiss, und der Druck der – angeblich von Populisten verführten – Strasse können auch ausserordentliche Figuren auf den Plan rufen, im Guten oder auch im Schlechten.

Dass wir den eigentlichen *Zerfall der EU* bis auf weiteres nicht in unsere Szenariengalerie aufgenommen haben, hängt einerseits mit dem gewählten Erklärungsmodell «Kirche» und der offenkundigen Attraktivität ihrer Glaubenssätze zusammen, ist andererseits aber rein praktischer Natur: Aufgrund der extremen finanziellen Verschränkung der europäischen Länder untereinander mit den hohen gegenseitigen Target-Salden sehen wir schlicht keine Möglichkeit, wie sich Länder aus der Euro-Zone begeben könnten, ohne damit eine neuerliche Schuldenkrise auszulösen. Schuldner und Gläubiger leben von der Fiktion der Rückzahlbarkeit der Ausstände und sind allesamt in allen möglichen, kaum von Kapital unterlegten Garantiekonstrukten

verhängt. Ein Entkommen à la Brexit ist bei Mitgliedsländern der Euro-Zone nahezu undenkbar. Deshalb gehen wir davon aus, dass selbst unter der ungemütlichen Annahme, in einem der Kernländer könnte bei den nächsten Wahlen eine rechtsnationale Partei obliegen, kein anderes als eines der genannten Szenarien eintritt. Die Zusammenarbeit in Brüssel würde dadurch allerdings erschwert; das Priesterkollegium müsste einen eher schwer verdaulichen Zuwachs verkraften... Ganz unwahrscheinlich sind solche Aussichten im übrigen nicht.

Allen drei von uns beschriebenen Szenarien ist gemein, dass wir es in Europa mit deutlich mehr Vielfalt zu tun haben werden als bis anhin. Wird so weitergewurstelt, bezieht sich die Vielfalt in erster Linie auf die Unvorhersehbarkeit von spezifischen Aktionen und Initiativen. Hartnäckiges Beharren auf angeblich unumstösslichen Prinzipien, wie zum Beispiel gegenüber der Schweiz in Bezug auf die Zuwanderungsfrage und die Personenfreizügigkeit, geht völlig schamlos einher mit höchster Prinzipienlosigkeit in Bezug auf früher einmal als heilig erachtete Grundsätze, wie sie zum Beispiel im Maastricht-Vertrag niedergelegt sind. Letzterer erfreut sich bekanntlich nicht einmal mehr eines müden Lächelns, obschon die Grundsätze durch Nizza und Lissabon bestätigt wurden.

Die Vertiefungsvariante setzt, wie gesagt, die schon seit langem ins Auge gefasste Wirtschafts- und Fiskalunion voraus. Wer vertiefen will, muss an einem anderen Ort Terrain preisgeben. Die Vertiefung kommt einer Staatenbildung gleich. Dank der Brexit-Abstimmung könnte der bis anhin innerhalb der Euro-Zone schleichend veranstaltete Prozess nun offener geführt werden. Unsere Voraussage geht dahin, dass nicht jedes Euro-Mitgliedsland eine weitere Vertiefung mitvollziehen wird. Eine Vertiefung der EU ohne Etablierung mindestens eines, vielleicht auch zweier weiterer Kreise von geringerer Integrationsintensität ist aus unserer Sicht kaum denkbar. Überlegte Stimmen innerhalb der EU haben dies erkannt; ob sie sich gegenüber der Wurstel-affinen Nomenklatur durchsetzen, ist derzeit allerdings ungewiss. Wie auch immer: Ein durch Vertiefung der einen Seite herbeigeführtes Zwei- oder Mehrkreismodell bietet höhere Vielfalt an, und darum geht es ja in unserem Beitrag.

Umgekehrt würde der Rückbau selbstverständlich die Beendigung des ambitiösen und letztlich alles gefährdenden Währungsprojekts des Euro voraussetzen und entsprechend eine neue Vielfalt von Währungen nach sich ziehen. Durch die voraussichtliche Subsidiarisierung der Zuwanderungsfrage ergäbe sich eine variantenreichere Ausgestaltung der jeweiligen Arbeitsmärkte als in der gegebenen Konstellation. Kombiniert mit der wiederum vorhandenen Möglichkeit zur Währungsanpassung ergäbe sich daraus ein bei weitem grösserer Spielraum für europäische Länder, eine ihren Gegebenheiten angepasste, von anderen Staaten unterscheidbare Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Wir wollen an dieser Stelle nicht urteilen, was wünschbar ist und was weniger, sondern vielmehr festhalten, dass wir uns im Europa von morgen mit höherer Diversität abfinden beziehungsweise mit ihr

umgehen lernen müssen. Es wird zweifellos komplexer, aber die neue Situation führt auch zu mehr Spielraum und Spielmöglichkeiten. Der Einheitsraum Europa ist seit dem 23. Juni 2016 Geschichte, europäische Vielfalt ist Gegenwart und Zukunft.

KAPITEL 4

Die Rache der Verlierer?

Steht unser Kontinent mit dieser Hinwendung zu mehr Diversität allein oder sind auf übergeordneter Ebene ähnliche Phänomene zu beobachten? Wir meinen: Ja. Vor gut einem Jahr wiesen wir auf die nationalstaatlich-merkantilistischen Elemente der damals neuen Wirtschaftspolitik des japanischen Premiers Shinzo Abe hin. In der Zwischenzeit wurden einige seiner damals geäusserten Absichten in die Tat umgesetzt. So wurde in mehreren Anläufen versucht, die japanische Währung zu schwächen, was allerdings gründlich misslang. Hingegen wurde das Rüstungsbudget massiv aufgestockt und schreitet die Aufrüstung Japans unter aktivem Wegschauen der Amerikaner voran; spiegelbildlich bemühen sich die Chinesen, ihre maritime Präsenz in jener Region auszubauen. Wladimir Putins Annektierung der ehemals ukrainischen Krim ist Faktum geworden und wird, Sanktionen gegenüber Russland hin oder her, vom Westen als solche hingenommen. In den USA bestehen durchaus Chancen, dass ein expliziter Gegner des Freihandels und Befürworter aussenpolitischer Selbstbeschränkung, Donald Trump, zum nächsten Präsidenten gewählt wird. Und nun, obendrein, beginnt sich die Alte Welt zu spalten, jene Weltgegend also, wo noch vor kurzem von einer «Festung Europa» die Rede gewesen war. Von der Homogenität der G7, G8, ja G20, wie man sie ab Mitte der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts als gegeben annahm, ist nur noch wenig zu spüren; die Globalisierungsgegner scheinen, ohne dies so gewollt zu haben, im Grunde genommen an ihrem Ziel angelangt zu sein.

Es sieht nach einer Pendelbewegung aus: überschüssende Globalisierung, nunmehr gefolgt von einem Drang nach dem eigenen Haus und Herd. Die «Globalisierungsverlierer» nehmen das Heft in die Hand. Misstrauen gegenüber dem Übergeordnet-Unkontrollierbaren, «Take back control» ist der eine, nachvollziehbare Gedanke. Er gründet in einem Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber Kräften, die man nicht verstehen kann oder denen man aus begrifflichen Gründen misstraut. Wer zum wiederholten Mal seine Stelle als qualifizierter Industriearbeiter oder als Ingenieur verloren hat, weil die westliche Konkurrenzfähigkeit angeblich nicht mehr gegeben ist, fühlt sich um sein persönliches Potenzial betrogen. Dass die eigene Firma, weil sie ökonomischen Gesetzmässigkeiten ausgeliefert ist, Auslagerungen vollziehen muss, obschon kaum jemand die resultierende Verletzung der Solidarität zur eigenen Belegschaft wirklich will, kann noch akzeptiert werden. Dass aber aus Rücksicht auf aussenpolitische Interessen während einer

ganzen Generation chinesisches Währungsdumping gegenüber dem Westen trotz klar anderslautender WTO-Bestimmungen und die eklatante Verletzung des internationalen Patentwesens geduldet wurden, führt dies- und jenseits des Atlantiks zu einer Frustration im unteren Mittelstand, die sich nunmehr zu entladen beginnt.

Wie soll sich der Missmut entladen, wenn nicht auf jener Stufe, auf der «Control» eben noch existiert und auf der etwas bewegt werden kann? Die Nomination Donald Trumps und der Brexit-Entscheid sind in diesem Lichte nichts als folgerichtig. Die nationale Ebene ist jene, auf der die Meinungsäußerung funktioniert. In der unbestreitbaren Gegebenheit und Erfahrung, dass diese Meinungsäußerung auf übergeordneter, supra-nationaler Ebene wirkungslos ist, liegt ein wichtiger Grund für die *nationale Orientierung oppositioneller Kräfte*, vor allem was Europa betrifft. Das europäische Parlament wird als zahnloses, weitgehend dysfunktionales Gebilde wahrgenommen. Politische Wirkung wird dort gesucht, wo sie sich entfalten kann, und das ist auf der Stufe der Mitgliedsländer. Die Argumentationskeule gegenüber dem sogenannten «rechtsnationalen Populismus», wie man sie hierzulande seit dem Misstrauensvotum anlässlich der Masseneinwanderungsinitiative unentwegt schwingt und wie sie nunmehr auch den britischen Brexitbefürwortern ins Gesicht schlägt, ist deshalb berechtigt und ungerecht zugleich: Ja, es werden nationalistische Gefühle geweckt und ausgeübt. Aber: Eine Alternative zur Artikulation auf nationaler Ebene gibt es kaum. Darin liegt der Preis für die immer gepredigte, aber nie mit Substanz erfüllte Subsidiarität und den nicht existenten Föderalismus.

«Pendelbewegung» unterstellt einen kontrollierten Ablauf, bei dem auf jedes Hin auch wieder ein Her folgt, und vice versa. Wir meinen, dieses Schema sei etwas zu harmlos und zu optimistisch. Solange sich die Rückkehr zu national orientiertem Kontrollgewinn so demokratisch und formell einwandfrei gestaltet wie im Vereinigten Königreich, ist die Situation weitgehend unkritisch. Allerdings scheint die einigermaßen geordnete und friedliche Fortsetzung des Brexit-Entscheids nicht einmal in unseren Breitengraden wirklich als gesichert, wenn man den vielen Warnern vor einer tiefgreifenden Destabilisierung Glauben schenken will. Um wieviel bedrohlicher erschiene dann jedoch die Rückwendung zu nationalen Interessen, wenn man die verbalen Wahlattaken Donald Trumps ernst nehmen würde? Dass die Wahrnehmung nationaler Interessen durchaus manifest und grimmig ausfallen kann, hat Wladimir Putin der Welt im letzten Jahr sehr deutlich vor Augen geführt. Nicht, dass wir unmittelbar gewaltsame Handlungen zwischen zivilisierten Nationen befürchten. Selbst in der schwer übersehbaren südostasiatischen Region liegt die Schwelle für einen echten Gewaltausbruch vermutlich sehr hoch, weil die Risiken unabsehbar sind. Eher droht die «Rache der Verlierer» die Weltwirtschaft an einer empfindlichen Stelle zu treffen: beim freien Handel. Wenn schon das harmlose CETA-Abkommen zwischen Kanada und der EU zu scheitern droht, wie soll es dann das gewichtigere TTIP-Abkommen

mit den USA schaffen?

Zwei Seelen wohnen mit anderen Worten in der Brust des unvoreingenommenen, skeptisch veranlagten Beobachters: Auf der einen Seite begrüsst er die Infragestellung einer aus seiner Sicht axiomatisch fragwürdigen Idee und Struktur, er begrüsst die daraus resultierende Aussicht auf mehr *Vielfalt* und auf *Wettbewerb der Systeme*, er begrüsst die Verunsicherung einer Quasielite mit quasiintellektuellem Anspruch auf quasimoralische Überlegenheit; auf der andern Seite graut ihm vor den allzu einfachen Rezepten eines «Take back control» in einer Zeit offenkundiger Interdependenzen, er fürchtet die Rückkehr zu mehr Kontrolle just an dem Ort, wo es sie nicht geben sollte, nämlich im Umgang mit Gütern, Dienstleistungen und Kapital, er kann überhaupt nichts anfangen mit politischen Ableitungen aus rassistischer oder völkischer Herkunft, wie sie an Attraktivität mehr und mehr Terrain zu gewinnen scheinen, geschweige denn kann er sich abfinden mit der impliziten, stillschweigenden Akzeptanz nationalistisch bis imperialistisch geprägter militärischer Aggression, sei es auf der Halbinsel Krim, im Irak, im südchinesischen Meer oder anderswo auf der Welt. Der Umgang mit mehr Vielfalt ist wahrlich kein Sonntagsspaziergang.

KAPITEL 5

Konvergentes oder differenzierendes Weltbild

Die Welt nach 1989, das heisst nach dem Zusammenbruch der bipolaren Aufteilung zwischen dem freien Westen und dem durch die Sowjetunion unterdrückten Osten, schien in fast allem zu konvergieren und zu einem ziemlich homogenen Gemenge zu werden. Rechtsstaatlich verfasste Demokratie, Kapitalismus und Marktwirtschaft hatten obsiegt und schienen als beste Praktiken zum Modell für die ganze Welt zu werden. Francis Fukuyama sagte deshalb das Ende der Geschichte voraus. Der einzig verbliebenen Grossmacht, den Vereinigten Staaten von Amerika, und dem von ihr kontrollierten und weitgehend auch finanzierten Instrumentarium der Vereinten Nationen, der UNO, fiel die Aufgabe zu, dieses Weltmodell zu verwalten, blinde Flecken wie Nordkorea oder den Iran in Schach zu halten und die Entstehung neuer Schurkenstaaten zu unterbinden. In die Euphorie dieses monistischen Weltmodells fiel der Ausbau der heutigen EU mit ihrer Ausrichtung auf Gleichstellung und deren Ausbreitung auf dem europäischen Kontinent. «one size fits all» war zugleich das Weltmodell als auch die Richtschnur für die sich laufend erweiternde und vertiefende EU.

Seit einigen erfolglosen Kriegen im Mittleren Osten, spätestens aber seit Putins Tat in der Ukraine und seit dem offenkundigen Machtanspruch der Chinesen in angrenzenden Gewässern und darüber hinaus stimmt dieses Weltbild nicht mehr. Die Geschichte hat sich zurückgemeldet. Neue Staatsformen wie die neo-osmanische, nurmehr halbwegs demokratisch le-

gitimierte Machtwahrnehmung eines Recep Erdogan oder die ebenfalls höchstens halbwegs demokratische iranische Rätestruktur mausern sich zu auch vom Westen anerkannten Staatsformen, mit denen man koexistieren muss oder kooperieren möchte. Und, wie schon hinlänglich dargestellt, auch in Europa hat sich die Geschichte wieder zurückgemeldet, indem die Briten einen sich vom grossen Rest Europas differenzierenden Weg einschlagen wollen. An die Stelle eines relativ homogenen Gemenges tritt eine Auswahl höchst *unterschiedlicher Modelle* und Wege, für oder gegen welche man sich entscheiden muss, falls man die Globalisierung – unter neuen Vorzeichen zwar – irgendwie fortsetzen will. Das ist der springende Punkt und auch sozusagen die Quintessenz dieser Ausgabe der *bergsicht*: Vielfalt heisst Auswahl. Die alte Form der Globalisierung konnte man, da die Geschichte ja zu Ende schien, passiv hinnehmen. Nun wird man sich wieder entscheiden müssen.

In die Zeit der Homogenisierung der Welt fiel auf der Seite der *Finanzmärkte* der Aufbau einer Reihe von Kapitalmarktprodukten, welche den Gedanken des ziemlich homogenen Gemenges aufnahm und abbildete. Aus der durchaus richtigen Überlegung heraus, dass letztlich aus einem einzigen weltweiten Kapitalmarkt heraus die Mittelallokation in alle Weltgegenden und alle Länder hinein und querbeet durch alle Wirtschaftssektoren bis hinunter zu den einzelnen Unternehmungen erfolgt, wurden Aggregate und Gruppierungen zusammengestellt, mit denen jeglicher Investor jeglicher Grössenordnung sozusagen per Knopfdruck die Welt oder Teile davon für sich in seinem privaten Portfolio vereinnahmen konnte. MSCI World, MSCI Emerging Markets und viele andere Indizes bzw. darauf beruhende Investitionsvehikel mehr resultierten aus dieser von viel Zuversicht und Enthusiasmus getragenen Expansion eines global orientierten und organisierten Kapitalismus in die grosse weite Welt hinaus. Die Annahme des Endes der Geschichte auf Seite der Unternehmungen und die Aussicht auf letztendliche Konvergenz von allem mit allem, legten eine passive Hinnahme des globalisierenden Geschehens beziehungsweise eine passive Teilnahme am Prozess nahe.

Mittels Indexfonds, welche sich zumeist an die Börsenkapitalisierung der Unternehmungen halten, oder entsprechenden «Exchange Traded Funds» wurde solche passive Hinnahme leicht und kostengünstig gemacht. Da Investmentbanken und Asset Manager am Werk waren und sind, die von Produkteideen und deren Vermarktung leben, wurde und wird keine Gelegenheit ausgelassen, mit immer neuen Kombinationen, die sich aus statistisch eruierten Erfolgsmustern ableiten lassen, die Anlegergemeinde interessiert zu halten. Aber selbst die «aktivsten» unter diesen indexorientierten Investitionsvehikeln sind im Effekt weitestgehend passiver Natur, denn als Benchmark dient der übergeordnete Welt-Aktienindex oder der Schwellenländerindex; allzu fern von diesem darf man sich zur Vermeidung eines hohen Tracking Errors, einer Abweichung vom durch ihn gesetzten statistischen Mittel, nicht entfernen. Das «statistische Mittel» ist just das, was wir unter Konvergenz oder weitgehend

homogenisiertem Gemenge verstehen: ohne jede Aussage, da es in Tat und Wahrheit gar nicht existiert, auch in Zeiten höchster Globalisierungseuphorie nie existiert hat und nun unter dem Titel der neuen Vielfalt noch unsinniger wird. Um es etwas überspitzt auszudrücken: Aggregate wie der MSCI-World oder auch der MSCI-Emerging Markets sind bestenfalls halbwegs taugliche *Platzhalter* für eine intelligentere Abbildung der Anlagebedürfnisse; im Effekt entsprechen sie ganz einfach einer Risikominimierung für den Vermögensverwalter, der dank ihnen nicht qualifiziert entscheiden muss. Etwas salopp und mit Bezug auf unsere mediterranen Eintopfgedanken ausgedrückt: Sie entsprechen in vielerlei Hinsicht einem Gemenge mit unbestimmten Inhalten, unbestimmter Qualität und Charakteristik, sozusagen einer gründlich missverstandenen und mithin misslungenen Minestrone.

KAPITEL 6

Diskriminierung als Megatrend

Der bewusste und gekonnte Umgang mit (mehr) Unterschiedlichkeit ist also gefragt. In der Ökonomie spricht man von «Diskriminierung». Einem Begriff, der sich vom üblichen Sprachgebrauch insofern unterscheidet, als keine negative Konnotation mitschwingt. Diskriminierung beruht auf Differenzierung, auf der Feststellung, dass es Unterschiede gibt, dass Vielfalt existiert. Durch Diskriminierung versucht der Mensch, Nutzen aus der Unterschiedlichkeit zu ziehen. Wer heute ein Hotelzimmer in einer fremden Stadt bucht, konsultiert auf den einschlägigen Buchungsplattformen die Einstufung der Anbieter durch die früheren Hotelgäste. Früher standen lediglich Sterne als Unterscheidungsmittel zur Verfügung. Wer heute ein Uber-Fahrzeug bestellt, kann sich zuerst einmal die Benotung des Fahrers durch andere Uber-Gäste zu Gemüte führen. In der bisherigen Welt der Taxis ist solches undenkbar; entsprechend lausig fällt die Qualität jener Dienstleistung in der Regel aus. Wer heute einen Verkehrsunfall verursacht, muss in den kommenden Jahren eine erhöhte Versicherungsprämie bezahlen. Früher, vor dieser Diskriminierung, bezahlten die «dummen» korrekten Fahrzeuglenker für die rasenden Kollegen; das nannte man Solidarität.

Es lohnt sich durchaus, sich einmal die Mühe zu nehmen, um im engeren und weiteren Umfeld nach Vorgängen zu suchen, welche sich in den letzten zehn, fünfzehn Jahren dank Diskriminierungsmöglichkeiten verändert haben. Über die erwähnten Beispiele hinaus erstreckt sich die Sammlung vom «meistgelesenen» oder «meistkommentierten» Zeitungsartikeln über das Rating von Schullehrern und Universitätsprofessoren bis zum neuen App der Schweizerischen Bundesbahnen, wo neuerdings der Belegungsgrad der einzelnen Züge ersichtlich ist, was selbstverständlich einer Vorstufe zu diskriminierendem Pricing entspricht: Je leerer der Zug, desto billiger wird man reisen können. Und umgekehrt. Alle diese neuen Diskriminierungen hängen mit der Senkung der In-

formations- und Transaktionskosten durch das Internet zusammen. Ja, es ist nicht übertrieben zu sagen, dass eine der wesentlichen Triebfedern des Internets das Grundbedürfnis des Menschen nach Differenzierung und Diskrimination ist.

Je spezifizierter die Welt erscheint, je mehr Vielfalt mit anderen Worten herrscht, desto mehr verliert das an Bedeutung, was bisher «Commodity» hiess und war. Unter Commodity versteht man traditionellerweise ein homogenes, das heisst nicht oder nur schwer von anderen derselben Sorte unterscheidbares, leicht austauschbares Gut wie Benzin, Kies, Weizen, Schweinebäuche und dergleichen. Voraussage: Es wird sie nicht mehr geben, oder zumindest: Sie werden deutlich an Bedeutung verlieren. Weshalb? Weil es technisch und mithin auch kostenmässig möglich ist, eine Differenzierung festzustellen und damit einer Diskriminierung den Weg zu bereiten. Das «Internet of Things», das heisst die mitdenkende Maschine, und die «Smart Contracts», gleichbedeutend mit selbstausführenden, zur Differenzierung fähigen Vertragsanordnungen, werden diese Entwicklung darüber hinaus beflügeln. In manchen Bereichen ist der Übergang zur Bewirtschaftung der Vielfalt bereits erfolgt. Wer bestellt heute noch einfach ein «Glas Rotwein» unbestimmter Provenienz? Selbst im einfachsten Lokal erwarten wir heute eine klare Herkunftsbezeichnung samt Jahrgang. Was für den Wein nahelag, hat sich bereits auf das Fleisch ausgeweitet, und es wird vor Reis, Weizen und Gemüse nicht Halt machen.

Die Bewirtschaftung von Vielfalt beziehungsweise die Befähigung dazu ist längst zum Geschäftsmodell geworden. Gespannt erwarten wir die Diskussionen, wo Diskriminierung als Geschäftsmodell auf das Differenzierungsverbot der politischen Korrektheit oder an übergeordnete ethische Grenzen stösst. Versicherungen sind in dieser Hinsicht besonders exponiert, denn bei ihnen lässt sich durch Diskriminierung unter Bevölkerungsgruppen und Kohorten ziemlich direkt Geld machen: Höhere Haftpflichtprämien nicht nur für jugendliche Fahrer, sondern auch für Lenker über 70; tiefere Krankenkassenprämien für Vegetarier oder regelmässige Jogger (die ihre Trainingsdaten per Armbanduhr an die Versicherung übermitteln lassen); höherer Pensionskassenumwandlungssatz für Raucher – und so weiter... Auch hier gilt: Der Umgang mit Vielfalt ist kein Sonntagsspaziergang.

KAPITEL 7

Schwellenländer: kaum zu übertreffende Vielfalt

Als nach wie vor an den Finanzmärkten interessierter Think Tank unterzogen wir in den vergangenen Monaten die Anlageklasse der Entwicklungs- und Schwellenländer, zusammengefasst im bereits erwähnten MSCI-Emerging Markets, einer genaueren Analyse. Ausgangspunkt war die ernüchternde Feststellung, dass man mit Anlagen in diesem Bereich über die ver-

gangenen fünf Jahre Geld verloren hat, nämlich 16 Prozent, während der weitergefasste Index der sogenannten entwickelten Länder um immerhin 42 Prozent zulegte (alles in US Dollar gerechnet). Nun, ein längerer Zeithorizont verbessert wie fast immer auch hier das Resultat: Seit 2001 legten die Emerging Markets immerhin um 285 Prozent zu, währenddem der Weltindex lediglich 122 Prozent hinzugewann. So oder so hat man vom Gehabten aber ohnehin nichts, und unser Interesse richtete sich nach vorn mit der Fragestellung: Macht es Sinn, sich weiterhin auf ein Aggregat wie den MSCI-Emerging Markets abzustützen, oder ist die Vielfalt von Charakteristiken in diesem Bereich so gross geworden, dass die Annahme einer bestimmten Homogenität oder Konvergenz schlicht abwegig ist? Antwort: Es lohnt sich unseres Erachtens, die Mühen zur Diskriminierung auf sich zu nehmen.

MSCI-Emerging Markets war vermutlich nie ein besonders sinnvolles Gemenge, weil es sich nämlich als Residualgrösse aus all jenen Ländern ergab, die man nicht zum MSCI-World zulassen wollte: Brasilien, Mexico, China, Taiwan, Indien, Malaysia, Indonesien, Südafrika, Russland, die Türkei, Ägypten und elf weitere Länder, darunter Südkorea und Griechenland (sic!). Seit der Zusammenstellung des Indexes im Jahr 1988 hat sich die Welt selbstverständlich stark verändert. Südkorea müsste längst im MSCI-World vertreten sein, dagegen könnte man sich das eine oder andere sogenannt entwickelte Land auch in dieser zweiten Liga vorstellen. Das ist aber nicht das eigentliche Problem. Jede Zusammenstellung ist letztlich etwas willkürlich und hat in einem dynamischen Umfeld eine Halbwertszeit. Die Frage ist vielmehr, ob sich mit diesem oder einem ähnlich gewichteten Aggregat die Vielfalt der aufstrebenden Welt sinnvoll bewirtschaften lässt. Wir meinen: Nein. Die aus Zeitreihen bis zurück ins Jahr 2000 herauszulesenden Korrelationen zwischen den einzelnen Ländern sind tief (in der Regel liegen sie zwischen 0.5 und 0.7).

Wir untersuchten in der Folge die Abhängigkeit des Verlaufs der einzelnen Länderindizes in Bezug auf bestimmte Einflussfaktoren wie das jeweilige Wirtschaftswachstum (lokal und in den USA), die Verschuldungssituation, die Lage an den internationalen Zinsmärkten, die Teuerung, das Vorhandensein von Devisenreserven, den Erdölpreis und für das betreffende Land relevante Rohstoffpreise, gegebenenfalls den Export gefertigter Güter. Zusammengefasst laufen die Beobachtungen darauf hinaus, dass eigentlich *keines der Länder* mit den anderen *vergleichbar* ist. Die grösste Gemeinsamkeit liegt darin, dass im Krisenfall die Schwellenländer querbeet gemieden werden. Damit hat es sich aber schon beinahe. Höhere Erdölpreise helfen den meisten Länderindizes ebenfalls, wenn auch wenig signifikant. Darüber hinaus reagieren die einen Länder (z. B. Brasilien) eher auf die Geldpolitik der amerikanischen Notenbank, währenddem andere ausgesprochen sensitiv sind für Veränderungen bei den Agrarpreisen (überraschenderweise Mexiko weit mehr als das agrarische Brasilien), noch andere (Indien, Indonesien) auf die Lage im weltwei-

ten Bausektor. Vielleicht liessen sich sinnvolle Subgruppen zusammenstellen, um Charakteristiken zu bündeln. Alles zusammen in einem Topf, das immer (echt) nationalistischer werdende Russland mit dem mit sich selber beschäftigten Brasilien, das immer smarter werdende Indien mit dem auf Binnenkonsum wechselnden China, das auf die Nachbarschaft mit den USA setzende Mexico mit dem darniederliegenden Ägypten: Kann ein Durcheinander mit vielen Unbekannten wirklich eine bewusste Diversifikation ersetzen?

Durch passives oder Benchmark-nahes «aktives» Investieren entsteht *de facto* eine Art *Solidargemeinschaft* extrem unterschiedlicher Länder, da die Kapitalgeber überall ein bisschen mitbeteiligt, aber nirgends richtig investiert sind. Diese De-facto-Solidargemeinschaft von Staaten, die eigentlich überhaupt nichts miteinander zu tun haben, heisst dann «BRIC» oder Entwicklungs- und Schwellenländer und gleicht ebenfalls einer missratenen Minestrone.

Vielfalt als Herausforderung: Wir meinen, dass es richtig sei, gerade mit dem Ziel einer genügenden Diversifikation *selektiver* zu werden. Darin liegt kein Widerspruch. Diversifikation setzt Kenntnisse über die Charakteristik der Anlageobjekte voraus. Alles andere ist Blindflug mit unbekanntem Ziel. Nicht alles, was sich irgendwie am weltweiten Kapitalmarkt finanzieren kann, ist einfach per se schon einmal gut. Jeder Investor, und sei es auch ein durchaus global ausgerichteter Institutioneller, hat seine spezifische Ausgangslage und hat auch spezifische, subjektive Präferenzen. Den Anleger, der dem Profil des MSCI-World oder des MSCI-Emerging Markets entspricht, haben wir noch nie getroffen, ebenso wenig wie jenen, der bereit wäre, seine Performance in der globalen Mischwährung der Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds zu berechnen. Am Ende zahlt ja jeder in US Dollar, Euro, Pfund oder Schweizerfranken. Weil jeder Anleger spezifisch ist und keinem konvergenten Gemenge entspricht, kann auch die vielfältige Welt nicht auf diese konvergente Art bewirtschaftet werden. Vielfalt bedingt Auswahl. «Take back control» ist allerdings mit Kosten verbunden, denn Selektivität setzt Kenntnisse und Analyse voraus. In einer unterschiedlicher werdenden Welt dürften die Erträge diese zusätzlichen Kosten aber deutlich übersteigen.

KAPITEL 8

Vielfalt als Chance

Die Reise in dieser 20. Ausgabe der *bergsicht* führte vorerst von Ferienerinnerungen zum historischen Ereignis der Brexit-Abstimmung und zu Betrachtungen über die mögliche künftige Ausgestaltung des europäischen Kontinents. Dabei kamen wir zum Schluss, dass das Ereignis geeignet ist, der schicksalhaft problematischen Ausrichtung der EU in Richtung eines immer homogeneren Europas einen Stoss zu versetzen, der zu höherer Vielfalt zurückführen wird. Selbstver-

ständig sehen wir die Risiken, welche mit einem solchen Prozess verbunden sind, aber wir schätzen sie geringer ein als die Fortsetzung des am Ende zum Scheitern verurteilten laufenden Projekts zur weiteren Vereinheitlichung eines mittlerweile riesig gewordenen, kaum beherrschbaren Flächenstaats. Die Brexit-Abstimmung könnte zum richtigen Zeitpunkt den Anfang zu einer Re-Dimensionierung der Ziele und Ansprüche gesetzt haben.

Die Hinwendung zu mehr Vielfalt in Europa geht einher mit einer höheren Differenzierung unterschiedlicher Entwicklungswege, unterschiedlicher kultureller Voraussetzungen und unterschiedlicher Geschwindigkeiten auf der Welt schlechthin. «Re-Nationalisierung» war unser Stichwort vor zwei Jahren, mehr Differenzierung und mehr Diskrimination, möglicherweise auch an den eigentlichen spezifischen Nationen vorbei, lauten die Begriffe heute. Jedenfalls sehen wir die Welt immer weniger als einen einzigen, beherrschbaren Globus, sondern als hoch komplexes, vielfältiges Mosaik mit ausserordentlich vielen Färbungen und Möglichkeiten, allerdings auch einigen Risiken mit durchaus letalem Potenzial. Wir raten deshalb zu mehr Selektivität, gerade mit dem Ziel, dem Diversifikationsgedanken wirklich und bewusst nachzuleben. Noch einmal: Vielfalt bedingt Auswahl.

Bleibt eine drängende Frage: Wird eine bedeutend weniger konvergente Welt weniger beherrschbar, risikoreicher sein? Mit Blick auf die Kritik F. A. von Hayeks an den konstruktivistischen Gleichschaltern meinen wir dezidiert: Nein! Unter der Voraussetzung, dass einigermaßen offene Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte ihre Wirkung entfalten können, wird sich nämlich dank sanftem Druck der berühmten «unsichtbaren Hand» immer wieder das einstellen, was konstruktivistisch nicht erreicht werden kann. Vielfalt schliesst gemeinsame Standards nicht aus. Vielfalt schliesst eine globale Bewirtschaftung externer Effekte, zum Beispiel im Umweltbereich, nicht aus. Die stipulierte Hinwendung zu mehr Diskriminierung wird die externen Effekte ohnehin näher zum Verursacher bringen und schädliche Solidarität, wie sie gemeinschaftlichen Lösungen zwingend anhaften, reduzieren.

In den letzten zwanzig Jahren hoher Konvergenz litt die Welt immer wieder an Systemkrisen. Insofern gibt es viel Grund, optimistischer zu sein, als es viele derzeit sind.

KH, 8. AUGUST 2016

—
M1 AG
Postfach 344, Museumstr.1
9004 St.Gallen – Schweiz
Telefon +41 (0) 71 242 16 16
Telefax +41 (0) 71 242 16 17
info@m1ag.ch

—
Abonnieren: www.bergsicht.ch